



Niederschrift

Ortschaftsrat Grötzingen

öffentlich

| | |
|-------------------------------------|---|
| 29. November 2023, 19 bis 20.25 Uhr | Herbert-Schweizer-Haus Begegnungsstätte Grötzingen, Niddastraße 9, 76229 Karlsruhe |
|-------------------------------------|---|

Vorsitzende Ortsvorsteherin Karen Eßrich

Protokollführer Daniel Heiter

Urkundspersonen Ortschaftsrat Siegfried Schönberger, Ortschaftsrat Dominic Neureuther

Anwesenheit: ab 19.07 Uhr bis Sitzungsende 14 von 18 Mitgliedern des Ortschaftsrates anwesend

Ortschaftsrat Ritzel (entschuldigt), Ortschaftsrat Fettig (entschuldigt), Ortschaftsrat Sand (entschuldigt),
Ortschaftsrat Fischer (entschuldigt), Ortschaftsrätin Hauswirth-Metzger bis 19.04 Uhr (entschuldigt),
Ortschaftsrätin Pepper bis 19.07 Uhr (entschuldigt),

9. Umnutzung Martin-Luther-Haus (Antrag der GLG-Ortschaftsratsfraktion)

Antragstext

Die evangelische Kirche möchte das Martin-Luther-Haus in der Fröbelstraße verkaufen. Das Haus grenzt direkt an die evangelische Kindertageseinrichtung „Fröbelkita“ an. Die evangelische Kirche betreibt auch die dreigruppige Einrichtung „Am Kegelsgrund“, deren Gebäude dringend sanierungsbedürftig ist bzw. eventuell sogar erneuert werden muss. Stadtweit fehlen neben Plätzen ab drei Jahren vor allem Krippenplätze, wofür die Stadt von den Eltern teuer verklagt werden kann.

Die oben beschriebene äußerst kompakte und unserer Meinung nach günstige Betreiber- und Besitzersituation erlaubt folgende Gedanken:

Lässt sich das Martin-Luther-Haus unkompliziert und mit geringen Kosten umbauen zu (zeitlich begrenzten) Kitaplätzen, indem die evangelische Kirche und die Stadt zusammenarbeiten, sich über mögliche Investitionsmodelle austauschen und sich gegenseitig unterstützen? Und das zeitlich ab „so schnell wie möglich“ bis zur Fertigstellung der neuen Kita in der Ringelberghohl 2028?
Oder bietet diese Idee sogar die Möglichkeit, dass die Kita Am Kegelsgrund schon vor 2028 saniert werden kann und nicht mehr auf die Fertigstellung des Gebäudes Ringelberghohl angewiesen ist?

Wir beantragen daher:

Die Ortsverwaltung nimmt Kontakt mit den erforderlichen Ämtern und der evangelischen

Kirche auf und geht in die Diskussion über die oben genannten Punkte. Der Ortschaftsrat wird informiert.

Stellungnahme der Verwaltung

Kurzfassung

Die Verwaltung erkennt einen Bedarf an Kindertagesplätzen in Karlsruhe. Die Ortsverwaltung folgt dem Antrag der antragsstellenden Fraktion und wird auf die verantwortlichen Stellen zugehen.

Erläuterungen

Kindertageseinrichtungen haben nach § 22 f Sozialgesetzbuch – Achtes Buch – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) einen Bildungsauftrag und dessen Ziele für die Kindertageseinrichtungen sind nach § 2a Kindertagesbetreuungsgesetz (KiTaG) verbindlich festgelegt.

Daraus folgt, dass besonders die Räumlichkeiten entsprechende Mindestvoraussetzungen erfüllen müssen, damit eine Betriebserlaubnis erfolgreich beantragt werden kann.

Bevor die Ortsverwaltung auf die zu beteiligenden städtischen Fachämter zugeht, wird ein Abstimmungsgespräch mit der Kirchenverwaltungs-Leitung, dem evangelischen Dekanat Karlsruhe, anvisiert.

Hier soll in Erfahrung gebracht werden, ob das im Antrag als „zum Verkauf stehend“ bezeichnete Martin-Luther-Haus tatsächlich zu erwerben ist und welche Rahmenbedingungen hieran geknüpft sind.

Erst in einem weiteren Schritt kann die Verwaltung prüfen, ob das Gebäude erstens die Rahmenbedingungen für eine Kindertagesstätte erfüllt und zweitens die Kosten und die vertraglichen Bedingungen als adäquat eingestuft werden können.

Die Ortsverwaltung wird den Ortschaftsrat unterrichten, sofern neue Erkenntnisse vorliegen.

Behandlung im Ortschaftsrat

Ortschaftsrätin Hauswirth-Metzger sagt, dass der Antrag gerade recht komme, wenn in den Medien die Rede von 430.000 fehlenden Kita-Plätzen in Deutschland sei.

Die Idee hinter der Umnutzung des zum Verkauf stehenden Martin-Luther-Hauses in der Fröbelstraße 5 sei es, dass die neue Kita Ringelberghohl frühestens im Jahr 2028 errichtet werde.

Erst danach könnte die Kindertagesstätte Am Kegelsgrund saniert werden, die marode sei. Deshalb sollte hier eine möglichst pragmatische, schnelle Lösung gefunden werden.

Falls eine Kindertagesstätte an dieser Stelle nicht möglich wäre, da dies die Räumlichkeiten nicht hergäben, so könnte man über eine Tagesmutter, eine Kindergruppe oder ähnliches in diesem Gebäude nachdenken.

Die Vorsitzende entgegnet, dass man zuerst mit der Kirchenverwaltung darüber sprechen möchte, ob und zu welchen Konditionen die Immobilie angeboten werde.

Die Fachbehörde Sozial- und Jugendbehörde habe der Ortsverwaltung ein Katalog mit Bedingungen für eine Kindertagesstätte zukommen lassen. Daher könnte man schon jetzt feststellen, dass eine Kita-Nutzung des Martin-Luther-Hauses nicht unbürokratisch zu

organisieren sei. Im Ergebnis sollte man noch nicht davon ausgehen, dass eine Kindertagesstätte garantiert in dem Gebäude eingerichtet werden könnte.

Ortschaftsrätin Pepper informiert, dass die Montag Stiftungen ein Programm ausgeschrieben hätten, das als „Bildung statt Leerstand“ bezeichnet werde.

Ziel dieses Programms sei es, Zuschüsse und Unterstützung für Projekte zur Verfügung zu stellen, die darauf gerichtet seien, leerstehende Gebäude zur Nutzung als Bildungseinrichtungen zu sanieren und zu ertüchtigen.

Die Kindertagesstätte in der Fröbelstraße wäre hier ein ideales Pilotprojekt in Karlsruhe.

Ortschaftsrat Schuhmacher findet den Vorschlag der GLG-Ortschaftsratsfraktion gut, zweifle jedoch, dass die Verwaltung in kürzester Zeit hier etwas bewegen werde.

Ortschaftsrätin Bergerhoff weist daraufhin, dass das Stadtamt Durlach vor nicht allzu langer Zeit informiert habe, dass eine größere Tagespflege-Station in Grötzingen beabsichtigt sei. Hier sollte zumindest abgefragt werden, ob dies im Martin-Luther-Haus möglich wäre, sofern die Idee einer Kindertagesstätte nicht zum Tragen komme.

Ortschaftsrätin Weingärtner findet den Standort in der Fröbelstraße 5 ideal, da in unmittelbarer Nachbarschaft eine andere Kindertageseinrichtung gelegen sei und so Synergieeffekte genutzt werden könnten. Von daher begrüße man den GLG-Antrag.

Ortsvorsteherin Eßrich fasst zusammen, dass man nun das Gespräch mit dem Dekanat anvisiere und je nach Ergebnis auf die Fachämter zugehe. Der Ortschaftsrat werde auf dem Laufenden gehalten.

gez. Ortsvorsteherin Karen Eßrich
Sitzungsleitung

gez. Daniel Heiter
Protokollführung

gez. Ortschaftsrat Siegfried Schönberger
Urkundsperson

gez. Ortschaftsrat Dominic Neureuther
Urkundsperson